

30.08.1991

Antrag

der Fraktion DIE GRÜNEN

Konsequenzen aus dem Krieg in Jugoslawien: Keine Abschiebungen von Roma - Entschädigung und Integration statt Zwangsrück- siedlung

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen stellt fest:

I. Die Landesregierung wird aufgefordert, der historischen Verpflichtung des deutschen Volkes aufgrund der Vernichtung hunderttausender Sinti und Roma in den Konzentrationslagern des NS-Staates zu entsprechen. Als ein symbolischer Schritt der Entschädigung des Volkes der Roma soll dem Personenkreis der etwa 3.500 in NRW lebenden de facto-staatenlosen Roma, die am "Bettelmarsch" im Januar 1990 teilgenommen haben, analog den sowjetischen Juden nach den Rechtsvorschriften des Bundesvertriebenengesetzes die Einbürgerung ermöglicht werden. Damit wird einem eingrenzbaeren Personenkreis endlich Rechtssicherheit und eine berechenbare Zukunft gewährt.

II. Die Kosten sind den Kommunen zu erstatten.

III. Die Landesregierung wird gebeten, der Empfehlung der evangelischen Kirche im Rheinland zu folgen und die richtige humanitäre und soziale Hilfe für die Region Skopje einerseits und die zwangsweise Rückführung der heimatlosen Roma andererseits zu entkoppeln.

Begründung:

1. Die zugespitzte Lage in Jugoslawien hat deutlich gemacht, daß im zerfallenden Vielvölkerstaat berechenbare und stabile soziale und innenpolitische Verhältnisse nicht bestehen. Die nach Selbstbestimmung strebenden Teilregionen und Völker stehen inmitten eines Prozesses, dessen Entwicklung auf absehbare Zeit

Datum des Originals: 29.08.1991/Ausgegeben: 30.08.1991

keine solchen Verhältnisse garantieren kann. Auch Makedonien, das als Zielland des sogenannten "Reintegrationsprogramms" der Landesregierung" für zunächst 1.400 von insgesamt etwa 3.500 heimatlosen Roma durch das Land Nordrhein-Westfalen ausgewählt wurde, kann keine innenpolitische Stabilität garantieren. So schließen Experten/innen nicht aus, daß bei einem weiteren Zerfall der jugoslawischen Zentralmacht Bulgarien historische Ansprüche gegenüber einem künftig autonomen Makedonien geltend machen könnte. Die Bundesregierung hat bis vor kurzem an der Fiktion eines jugoslawischen Staates festgehalten, nicht zuletzt um ausländerrechtliche Konsequenzen bei der Beurteilung der Fluchtgründe von Flüchtlingen aus dieser Region zu vermeiden.

2. Dementsprechend ist auch die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen verfahren, die noch nach Ausbruch der bewaffneten Konflikte zwischen Rest-Jugoslawien unter serbischer Führung und den autonomen Republiken Slowenien und Kroatien die Unterzeichnung eines Abkommens zur Abwicklung der finanziell abgedeckten Abschiebungen von de facto-staatenlosen Roma nach Skopje vollzogen hat, um das sogenannte "Re-Integrationsprogramm" durchzusetzen.

3. Das sogenannte "Re-Integrationsprogramm" für Roma nach Skopje - in Wirklichkeit ein Abschiebeprogramm mit finanzieller Hilfe - findet entgegen ursprünglichen Begründungen der Landesregierung nicht auf freiwilliger Basis statt. Für die Betroffenen de facto-Staatenlosen Roma stellt sich lediglich die Alternative der sofortigen Abschiebung ohne jede Hilfe oder Einwilligung in eine wenige Monate spätere Abschiebung mit gewissen finanziellen Unterstützungen. Die so hergestellte "Freiwilligkeit" ist zu Unrecht in der Öffentlichkeit als Abschiebestopp für heimatlose Roma erschienen.

4. Die insgesamt etwa 3.500 in Nordrhein-Westfalen in Frage kommenden de-facto staatenlosen Roma sind seit der Aufhebung des Abschiebestopps aufgrund der Belastung der Kommunen durch Aus- und Übersiedler/innen im Dezember 1989 immer wieder Objekte der politischen Auseinandersetzung und des Parteienstreits gewesen. Sie sind bis heute Leidtragende einer an ihrem Beispiel in ausländerfeindlicher Absicht zugespitzten Auseinandersetzung über den Umgang mit Flüchtlingen. Sie wurden wie andere Flüchtlinge zu instrumentalisierten Opfern einer Politik, die eine Diskussion über die wirklichen sozialen Fehlentwicklungen wie den eklatanten Wohnungsmangel und die nach wie vor bestehende Arbeitslosigkeit und sozial ungerechte Verteilung des Reichtums in und zwischen den Ländern Europas weitgehend vermieden hat.

Appel
Bärbel Höhn
Dr. Vesper

und Fraktion